antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 62 Januar 2009

Flagge zeigen!
Den Neonazis entschlossen entgegentreten!
Deshalb: „nonpd – NPD-Verbot jetzt!"

Viele Antifaschisten erinnern sich noch an unsere Kampagne für ein NPD-Verbot, die im letzten Jahr mehr als 175.000 Menschen davon überzeugte, mit ihrer Unterschrift den Bundestag zum Handeln aufzufordern. Das Jahr 2008 zeigte einmal mehr an vielen Beispielen auf, wie berechtigt und vor allem wie notwendig ein NPD-Verbot nach wie vor ist.



Protest gegen NPD-Infotisch in Kappeln am 25.10.08

Zwar konnte die NPD in den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein ihre Stimmenzahl nicht wesentlich erhöhen. Dennoch gelang es der Partei, im Kreis Herzogtum Lauenburg ein Kreistagsmandat und in der Stadt Kiel einen Sitz im Stadtrat zu erringen. Nach wie vor nutzt die NPD in den Bundesländern Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die Landtage als Tribüne, um von dort ihre unverhüllt ausländerfeindliche, rassistische und neonazistische Ideologie vorzutragen. Aber nicht nur auf der parlamentarischen Bühne ist die NPD aktiv.

Auf Demonstrationen und Kundgebungen zeigt die NPD häufig gemeinsam mit den Freien Kameradschaften ihre antidemokratische Gesinnung und schreckt auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurück. Das Auftreten der Autonomen Nationalisten und ihrer Bündnispartner auf der von ihnen in Hamburg durchgeführten „Nationalen Maikundgebung" am 1. Mai 2008 ist unvergessen, wo die Neonazis gegenüber Andersdenkenden, aber auch gegenüber der Polizei brutale Gewalt anwendeten. Auch im Kommunalwahlkampf in Kiel fielen Neonazis durch ungehemmte Aggressionen gegenüber ihren Gegnern auf. Im Kreis Pinneberg veranstalteten NPD-Anhänger u.a. ein Zeltlager, auf dem Nazimusikgruppen auftraten, Nazisymbole gezeigt wurden und – wie einige Bürger berichteten – auch Waffenübungen stattgefunden haben sollen.

Im nördlichen Schleswig-Holstein führt die NPD seit Monaten im Wochenrhythmus sogenannte „Mahnwachen" und Kundgebungen durch, wobei ihre Vertreter immer wieder mit ausländerfeindlichen Hassparolen oder platter sozialer Demagogie auftreten. Während sie am Infotisch den Biedermann geben, hetzen sie in Internetforen ohne Hemmungen gegen Menschen, die ihnen wie in Kappeln entgegentreten, und schrecken auch vor Drohungen nicht zurück.

Aber das Jahr 2008 hat auch gezeigt: Immer mehr Menschen wehren sich gegen neonazistische, ausländerfeindliche und antisemitische Hetztiraden. Viele Menschen schließen sich in antifaschistischen Bündnissen, Runden Tischen gegen Rassismus und Faschismus, in Arbeitskreisen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zusammen.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat Ende November beschlossen, ab Januar 2009 die bisherige Kampagne für ein NPD-Verbot unter dem Titel „nonpd – NPD-Verbot jetzt!" fortzuführen. Wir werden in den nächsten beiden Jahren in vielenVeranstaltungen, aber auch während der

⟶

Kommentar
Nach dem Mordversuch von Passau

Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wer den Mordanschlag auf den Polizeichef von Passau, Alois Mannichl verübt hat. Der knapp mit dem Leben Davongekommene kannte den Täter nicht, der ihn als „linkes Bullenschwein“ beschimpfte, aber dass er aus der neofaschistischen Szene kommt, war für Mannichl keine Frage. Immer wieder war er von Neonazis schriftlich, telefonisch und im Internet bedroht worden, weil er bei neofaschistischen Straftaten nicht wegsah, sondern einschritt, wie es seine Aufgabe ist.

Heuchlerisch verurteilte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt die Messerattacke, fand aber zugleich eine Reihe von Rechtfertigungen für den oder die möglichen Täter. In seiner Presseerklärung warf Voigt dem Passauer Polizeichef vor, wiederholt sein Amt missbraucht und die „nationale Opposition“ verfolgt zu haben. „Mit seinen Mitteln war er nie zimperlich“, so der NPD-Vorsitzende über den Polizeichef. Dieser habe die Grenzen des Zulässigen und die für Polizisten gebotene Neutralitätspflicht „in bedenklicher Weise missachtet.“ Unverhältnismäßige Polizeimaßnahmen seien in Passau an der Tagesordnung.

Eigentlich dürfte sich Mannichl nach Meinung der NPD nicht wundern.

Ebenso wenig wie ein Kieler Amtsrichter, der einen Neonazi zu einer Geldstrafe verurteilte und dafür mit einer Denunziation im Stile der Anti-Antifa bedacht wurde. Neonazis stellten seine Adresse ins Internet und äußerten die Vermutung, „mancher Leser würde gern einmal einen Richter oder Staatsanwalt in freier Wildbahn erlegen.“

Immer wenn solche Straftaten wie in Passau bekannt werden, sprechen Politiker, sogar Innenminister, die es besser wissen müssten, von einer neuen Qualität rechtsextremer Gewalt. Bisher hätten Rechtsextreme meist am Rande von Aufmärschen geschlagen, getreten und gedroht, nun machten sie nicht einmal vor der unmittelbaren Privatsphäre halt. Das sei neu.

Jede Antifaschistin und jeder Antifaschist hat andere Wahrnehmungen. Und auch der bayerische Innenminister Herrmann hätte es besser wissen können, er hätte nur seinen Passauer Polizeichef selbst fragen sollen.

Tatsache ist allerdings, dass die Zahl der rechten Gewalttaten zugenommen hat, wobei Polizisten und Richter weniger stark betroffen waren als so genannte „Randgruppen“ wie Migranten, Obdachlose und linke Punks. Auf Anfrage der Linksfraktion im Bundestag gab die Bundesregierung die Zahl der Todesopfer rechts motivierter Gewalt vom Anschluss der DDR bis 2007 mit 40 an. Diese Zahl sei massiv schöngeredet, beweist die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Linke), die regelmäßig von der Regierung konkrete Zahlen abfragt. Der Potsdamer Verein „Opferperspektive“ kommt auf mehr als 120 Menschen, die durch Rechte ums Leben kamen. Die Differenz in den Zahlen erklärt sich aus dem intensiven Bemühen vieler Städte, Gemeinden und Bundesländer, nicht als Nazihochburgen zu gelten. So wurden Morde als Taten unter Jugendlichen oder unter Alkoholeinfluss verübt verharmlost. Die Zahl der rechten Straftaten nimmt zu, wie auch die Neonazi-Szene zunimmt und immer frecher auftritt. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ wurden bis Ende Oktober 2008 11.928 rechtsextremistische Straftaten registriert, ein Plus von knapp 30 Prozent.

Immer wenn die Öffentlichkeit von einer solchen Straftat aufgeschreckt wird, belebt sich die Diskussion um die Einleitung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens. Selbst Bayerns Ministerpräsident Seehofer, mit dem Unmut seiner Polizisten konfrontiert, die keine Lust mehr haben, Aufmärsche von Neonazis zu schützen, spricht sich für ein neues Verbotsverfahren aus. Erneut meldet sich Schleswig-Holsteins SPD-Vorsitzender Ralf Stegner zu Wort. Er nennt die NPD eine menschenverachtende, verfassungsfeindliche Partei. Es sei „unerträglich, dass man Nazis über die staatliche Parteienfinanzierung mit Steuergeldern fördert“, sagte Stegner in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt.

Mittlerweile verstreicht die Zeit, in der die Neonazis mit Demagogie neue Anhänger gewinnen, aus deren Umfeld weitere Straftaten begangen werden. Das Jahr 2009 wird als „Super-Wahljahr“ bezeichnet. Die NPD hat gerade eben zur Hessen-Wahl ihre Kandidatenliste eingereicht, unterschrieben von fast 1.800 Wahlberechtigten. Die Neonazis sind bestrebt, aus der Wirtschafts- und Finanzkrise für sich Kapital zu schlagen.

Die VVN-BdA nennt es in ihrer Stellungnahme zum Attentat von Passau „ein Hohn gegenüber den geschichtlichen Erfahrungen und dem Geist des Grundgesetzes, wenn mit Millionenbeträgen neonazistische Logistik und Propaganda gefördert werden.“ Stattdessen müssten endlich die vielfältigen Initiativen im Land gegen Neonazi-Umtriebe finanziell, ideell und langfristig unterstützt werden. Denn natürlich bleibe das bürgerschaftliche Engagement gegen den Rechtsextremismus – auch nach einem NPD-Verbot – eine bleibende und vordringliche Aufgabe. Zu Recht fordert der VVN-BdA-Bundesvorstand dazu auf, Schluss zu machen mit der absurden Links-Rechts-Gleichsetzung, wenn es um die Gefährdung der Demokratie geht. Die Gleichsetzung widerspricht der Wirklichkeit und nützt letztlich nur den Neonazis, weil deren wirkliche Gefährlichkeit damit verharmlost wird.

Bei den anstehenden Wahlen dürfen sich keine Kandidaten und Kandidatinnen um die Frage herumdrücken, wie sie es mit einem Verbot der NPD und der Bekämpfung des Neofaschismus halten. Der Mordversuch von Passau ist ein Ergebnis neofaschistischer Propaganda und durchaus kein Einzelfall.

Günther Wilke

Fortsetzung von Seite 1



zahlreichen Wahlkämpfe (Bundestags-/Europaparlamentswahlen) für die Durchsetzung dieser Forderung eintreten, denn wir wissen – gemeinsam mit vielen Menschen in unserem Land: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Allen Antifaschistinnen und Antifaschisten in unserem Land, allen Mitstreitern im Sinne des Schwurs von Buchenwald ein friedliches und gesundes neues Jahr 2009!

Landesvorstand der VVN-BdA Schleswig-Holstein, i.V. Hartmut Büchsel

NPD-Offensive im nördlichen Schleswig-Holstein

Zweifellos hatte sich der NPD-Kreis Nordfriesland/Schleswig/Flensburg mehr Stimmen bei der Kommunalwahl 2008 versprochen, war sie doch nahezu flächendeckend im Kreis Nordfriesland angetreten, nachdem ihr Landratskandidat Arne Kaehne am 16.9. 2007 ohne großen Wahlkampf (oder gerade deswegen?) 2,33 % der Stimmen erhalten hatte. Das Ergebnis von 0,7 % Stimmanteilen – eine Halbierung der Stimmen in absoluten Zahlen von 905 auf 463! – war ein Desaster für die NPD. Möglicherweise ist für NPD-Wähler ein nahezu unsichtbarer und unhörbarer Landtagskandidat der NPD attraktiver als eine öffentlich auftretende neofaschistische Partei? Ganz sicher aber hat die von sehr vielen Organisationen und Einzelpersonen offensiv mitgetragene Kampagne nonpd mit ihren mehr als 175.000 Unterschriften zu diesem für die NPD blamablen Ergebnis beigetragen.

Dem „Kreis-Organisationsleiter“ Kevin Stein, der wohl eine Parteikarriere träumt, liegt dieses Ergebnis schwer im Magen. In der ersten hilflosen Reaktion kündigte er gleich für den nächsten Tag eine Wahlanfechtung an, begründet mit Verschwörungstheorien wieder, die Wahlhelfer hätten NPD-Stimmen unter den Tisch fallen lassen oder als ungültig gezählt und ähnlichem Schmu. Musste dann aber zugeben, dass seine Wahlbeobachter bei der Stimmauszählung in ihren Wahllokalen nichts dergleichen festgestellt hätten. So behauptete er, um sein Gesicht zu wahren, in diesen Wahllokalen habe man sich wohl zu sehr beobachtet gefühlt…

Vermutet werden kann aber, dass Steins Ansehen in der Partei gelitten hat. Es dürfte daher also nicht überraschen, dass die NPD im Norden Schleswig-Holsteins unter seiner Leitung offensiver wird, zumal 2009 Europa- und Bundestagswahlen, 2010 Landtagswahlen sind.

Zunächst von Antifaschisten unbeobachtet, begannen die Neofaschisten im September jeweils samstags mit Infotischen in verschiedenen Kommunen im nördlichen Landesteil. Beachtenswert daran war erstens die Tatsache, dass diese Infotische kaum wahr genommen wurden, zweitens, dass auch die antifaschistischen Kräfte davon erst erfuhren, als bereits mehrere NPD-Auftritte stattgefunden hatten, und drittens, dass diese Offensive bereits lange vor den eigentlichen Wahlkämpfen begann.

Nachdem aber Ort und Zeit des nächsten Infostandes erstmalig rechtzeitig bekannt wurde, sah es schlecht aus für die Bande um Stein, Tetens, Räth und Kaehne. Am 25. Oktober sahen sie sich in Kappeln einer Gruppe von Protestlern unterschiedlicher politischer Einstellung gegenüber. Neben der VVN-BdA mit Transparent auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Wodarg (mit Protestschild „Nationalismus ist von vorgestern“).



Etwas ratlos: Stein und Lütke, 25.10.08

Für alle überraschend wurde der Infostand plötzlich von Unbekannten in einer Blitzaktion mit Feuerlöschern angegriffen und zerstört. Kevin Stein beschimpfte daraufhin unseren Landesvorsitzenden Hartmut Büchsel voller Hass und bedrohte ihn auch persönlich.

Eine etwas dubiose Rolle spielte die Redaktion des „Schleiboten“, der zum sh:z–Verlag gehört und vor dessen Verlagshaus in Kappeln der Infotisch stattfand. Obwohl die Redaktion bereits frühzeitig zur Reaktion aufgefordert war, dauerte es noch ca. zwei Stunden, bis die an der Hauswand befestigte NPD-Werbung unter Mithilfe der Polizei entfernt wurde.

Auch wenn man der Aktion der unbekannten Vermummten wegen der Gefahr, dass auch Unbeteiligte und Kinder hätten verletzt werden können, kritisch gegenüber steht, ist anzumerken, dass nun endlich auch die Medien aufmerksam wurden. Wie üblich aber stand in deren Mittelpunkt die überfallartige Zerstörung des Infotisches und nicht das unerträgliche öffentliche Auftreten der NPD.

Am folgenden Samstag, dem 1. November, hatte die NPD ihren Infotisch in Jübeck angemeldet, einem kleinen Ort in der Nähe von Schleswig. Aber als die Stein und Kumpanen gegen 10 Uhr eintrafen, fanden sie den zugewiesenen Platz schon von Antifaschisten besetzt. Unschlüssig, was jetzt zu tun sei, liefen sie einige Male hin und her, sahen wahrscheinlich keine Möglichkeit mehr, ihren Infotisch aufzubauen und verzogen sich etwas kleinlaut.

Wie „angedroht“ meldete die NPD für den 22. November erneut einen Infostand in Kappeln an. Angesichts der Tatsache, dass sie ihre Aktionen nicht mehr ungestört durchführen konnten, meldeten sie den Einsatz eines Lautsprechers (Megafon) gleich mit an, um sich wenigstens durch Lautstärke bemerkbar zu machen. Denn absehbar war, dass Materialverteilung und Werbegespräche mit Kappelner Bürgern nicht zu Stande kommen würden. Und damit hatten sie Recht: mit Ausnahme eines Exemplars der „Deutschen Stimme“, die wegen der Hauptüberschrift auf der Titelseite der Polizei zur Prüfung auf strafbare Volksverhetzung übergeben wurde, mussten sie ihr gesamtes Material wieder mitnehmen. Getäuscht allerdings haben sie sich in der Möglichkeit, mit Hilfe des Lautsprechers ihren verbalen Murks zu Gehör zu bringen. Sobald Jens Lütke, stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein und zu einer Geldstrafe in Höhe von 1500 Euro vom Landgericht Kiel wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole und wegen Beleidigung verbunden mit übler Nachrede verurteilt, das Megafon zu einer „Ansprache“ an den Mund hob, ertönten sofort Trillerpfeifen, Pfiffe und einschlägige Parolen, sodass kein Wort zu verstehen war.

Verlegen lachend gab er denn auch nach mehreren vergeblichen Versuchen resigniert auf. Was Wunder, dass die kleine NPD-Truppe den Hinweis des Polizei-Einsatzleiters, es sei jetzt aber genug, aufatmend zur Kenntnis nahm, die sieben Sachen zusammenpackte und – weiterhin unter Polizeischutz – in ihre Autos stiegen und verschwanden. Das hätten sie ruhig gleich zu Anfang tun können.

rb

Der imperiale Krieg in Afghanistan! Und die Bundeswehr macht mit!

Der Krieg gegen Afghanistan begann am 4. Oktober 2001, dauert also jetzt schon über 7 Jahre. Es wird immer offensichtlicher, um was es sich bei diesem Krieg handelt: Es geht um das Great Middle East, wie der US-Präsident Bush äußerte, und das reicht von Ostanatolien bis Afghanistan und Pakistan. Das heißt, es geht um die Neuordnung einer ganzen Region unter die Interessen der USA und der EU. Man will Protektorate Irak und Afghanistan, dann Iran.

Die Ablehnung des Krieges wird immer stärker. Auffällig ist, dass es die Bevölkerung der am Krieg beteiligten Staaten ist, die diesen Krieg immer mehr verurteilt und einen Abzug der Soldaten fordert und nicht die jeweiligen Regierungen.

In Deutschland ca. 60 – 80 %, in Frankreich über 60 %, in England 2/3 der Bevölkerung. In Kanada, Spanien, Italien usw. wächst der Widerstand. Trotzdem haben die Abgeordneten des deutschen Bundestages in großer Mehrheit eine Aufstockung des Bundeswehrkontingents für die sog. Stabilisierungstruppe – ISAF in Afghanistan beschlossen. Die Bundeswehr soll allerdings nicht mehr an dem völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terrorismus“ (operation enduring freedom – OEF) in Afghanistan teilnehmen.

Das ist eine glatte Lüge, denn die Tornado-Kampfjets liefern die Bilder für Angriffsziele, auch für die von den USA geführte Truppe „enduring freedom“ ‚damit dann Dörfer und Stellungen der Aufständischen bombardiert werden können. Dabei sind viele Zivilisten umgekommen. Auch die AWACS-Aufklärer, die den Luftraum von Afghanistan überwachen, sind mit Bundeswehrsoldaten besetzt. Diese Flugzeuge gehören doch auch zur deutschen Bundeswehr! Deutschland beteiligt sich wieder an einem völkerrechtswidrigen Krieg und ist an Kriegsverbrechen durch die Luftunterstützung beteiligt – oder etwa nicht? Ein Grund für Soldaten, den Dienst dort zu verweigern.

Auch der Krieg gegen und in Afghanistan begann mit einer Lüge und wird fortgeführt mit einer Lüge.

Ausstieg aus dem Krieg!

Die Friedensbewegung verlangt geschlossen den Abzug der Bundeswehr. Die einen fordern den sofortigen Abzug in 4 - 5 Monaten, andere entwickeln eine Ausstiegsstrategie. Dabei geht es darum, dass nach Abzug der Truppen die Entwicklung in Afghanistan in Richtung Demokratie, Überlebensfähigkeit als Staat, Ernährungssicherheit und Frieden gewährleistet ist.



Unterschriftensammlung gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan in Lübeck am 30.8.08

Diese Strategien sind ein hervorragendes Beispiel ziviler Konfliktregelung und könnten unter den Voraussetzungen, die diesen Überlegungen zu grunde liegen, auch funktionieren. Sie knüpfen auch an die langsam entstehende Friedensbewegung der „Nationalen Friedens-Jirga“ in Afghanistan an, die sich am 9. Mai in Kabul gegründet hat.

Diese Strategien sind allerdings von Regierungen abhängig, die auf keinen Fall aus Afghanistan abziehen wollen und sogar bereit sind, den Krieg auf Pakistan auszudehnen. „Sie wollen die Stellung sichern, Afghanistan ist ihnen scheiß egal“ wie Katja Mauerer von Medico International das im ND treffend formulierte. Das heißt noch mehr Tote, Verwundete und traumatisierte Bundeswehrsoldaten und noch mehr Opfer in der afghanischen Bevölkerung für einen imperialen Krieg.

Ein Abzug der Bundeswehr wäre ein Signal an alle am Krieg in Afghanistan beteiligten Staaten, dass es anders weitergehen muss. Die 500 Mill. Euro, die dieser Krieg Deutschland pro Jahr kostet, könnten dann für zivile Zwekke ausgegeben werden. Dafür hätte man auch eine große Unterstützung bei der deutschen Bevölkerung. Deutschland würde dann auch wieder als Vermittler in dem afghanischen Friedensprozess eine positive Rolle spielen können.

Laut Grundgesetz ist Deutschland verpflichtet, zum Frieden in der Welt beizutragen, aber nicht für imperiale Ziele Krieg zu führen. Das entspricht dem Vermächtnis des 8. Mai 1945 – „nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.

PS.: Dieses ist ein Auszug aus einem Referat, dass ich bei einer Veranstaltung mit Helmut Welk, bei dem Friedensforum in Lütjenburg, gehalten habe. Eine Erzieherin, die in ihren Gruppen Kinder aus Familien betreut, deren Väter in Afghanistan sind, berichtet von großen Schwierigkeiten der Kinder so etwas zu verarbeiten. Die Angst, dass ihr Vater aus dem Krieg nicht zurückkehrt, können sie kaum verarbeiten. Das ist Thema in den Schulen und in den Kindertagesstätten. Besonders betroffen sind die Familien, wo der Mann „gefallen“ ist.

Bernd Meimberg

15. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2008

Die Welt nach Bush – Friedlicher? Gerechter? Ökologischer?

Der Friedensratschlag ist auch nach 15 Jahren einer der wichtigsten Treffen der bundesdeutschen Friedensbewegung. Wieder waren ca. 350 - 400 FriedensfreundInnen in Kassel und wieder verließen wir mit wichtigen Erkenntnissen, Informationen und Verabredungen für das Jahr 2009 diesen Ratschlag.



US-Wahl
Die Wahl Obamas in den USA und die damit verbundene Abwahl der in Teilen faschistoiden Bushpolitik zeigt, dass die Bevölkerung der USA sich nach Frieden, sozialer Gerechtigtkeit und Demokratie sehnt. Es war die Bewegung von unten mit Millionen Helfern, die den Sieg Obamas erkämpfte – Menschen, die für die Ideale eintreten, die Obama vertritt, und die in der Unabhängigkeitserklärung der USA verankert sind.

Referenten wie die Professoren Paech, Deppe und Krippendorff wiesen darauf hin, dass Obama es fertig brachte, Massen für eine andere, eine bessere Politik zu mobilisieren.

Natürlich überwog Skepsis, angesichts der Berater und Minister, die Obama um sich versammeln wird. Man kann sich nicht vorstellen, dass die USA von ihrer imperialen Außenpolitik Abstand nehmen.

Allerdings wurde auch darauf verwiesen, dass eine andere Politik nicht umsetzbar ist, wenn nicht die verschiedenen politischen Strömungen in diesen Prozess eingebunden sind. Zu große Spannungen würde eine Obama-Regierung nicht aushalten.

Ob tatsächlich eine andere US-Politik erfolgt, hängt von der Bewegung in USA ab, aber auch von der Friedensbewegung und den sozialen Bewegungen hier in Deutschland.

Weltwirtschaftskrise
Heute, so ein Hinweis aus dem Referat „Terror der Finanzmärkte“ von Prof. R. Hickel Bremen, könnten wieder Kriege entstehen, um aus der Weltwirtschaftskrise herauszukommen. Die gegenwärtige Krise ist gefährlicher als die Krise 1929, da sie struktureller Natur ist, d.h. es besteht die Gefahr, dass das gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzsystem zusammenbricht und dadurch mehr Elend verursachen könnte als 1929.

In den friedenspolitischen Schwerpunkten für das Jahr 2009 sind drei besonders hervorzuheben:

Der 70. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges
Er war das Resultat der faschistischen Diktatur, die das Bündnis aus alten Eliten, großer Industrie und Militär in der Krise nach 1929 in Deutschland etablierte, um deren Macht und Profite zu sichern und auszuweiten. Faschismus und Krieg töteten 55 Millionen Menschen, verursachten weltweit Elend und ungeheure Zerstörungen. Deshalb gilt besonders für die VVN-BdA: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.

NAT0: Der 60. „Geburtstag“ der NATO am 4. April 2009
„Nein zum Krieg – Nein zur NATO“ heißt der internationale Aufruf vom 5. Oktober 2008. Die Protestaktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels 2009 bestehen aus einer Demonstration am Samstag den 4. April 09, einer internationalen Konferenz, einem internationalen Widerstandscamp (Mittwoch, 1. April bis Sonntag 5. April), sowie Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Die Kampagne Bundeswehr raus aus Afghanistan wird auch 2009 weitergeführt, bis Deutschland seinen Krieg in Afghanistan beendet.

Die Schwerpunkte und die Weihnachtsanzeige können bei uns oder von der Internetseite Friedensratschlag Kassel abgerufen werden.

Lore und Bernd Meimberg
04543/7107

Antifaschistische Nordkonferenz vom 20.2. bis 22.2.2009 in Heideruh

Ihr seid alle herzlich eingeladen an dieser Nordkonferenz teilzunehmen. Gäste sind willkommen. Neben dem Spaß am Zusammensein erwartet Euch in interessantes Programm:

- „Antimilitarismus der Neonazis“ – Militärpolitik der NPD – Internationale Beziehungen und Militärpolitik in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten“ Dr. Fabian Virchow, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Konfliktzentrum der Philippsuniversität Marburg
- „Mädchen und Frauen in der rechten Szene“ mit Rena Kenzo, Mitglied im Forschungsnetzwerk „Frauen und Rechtsextremismus“
- „Antifaschistische Arbeit in den nördlichen Bundesländern“
- NPD Verbotskampagne – Austausch, was so in den einzelnen Bundesländern dazu gemacht wird. Wie können wir uns gegenseitig unterstützen.
- Entwicklung des Neofaschismus und Konservatismus

Anmeldung bei Lore Meimberg, Tel. 04543/7107
Email: LoBeMeimberg@t-online.de
Das Ferienheim der VVN-BdA Heideruh liegt bei 21244 Buchholz /Nordheide, Ortsteil Seppensen, Ahornweg 45. Tel. 04181-8726; Fax 04181- 281142. Bahnstation Buchholz. Abholdienst vom Bahnhof organisierbar. Kosten: Freitag - Sonntag: E. 85,-; Samstagmittag – Sonntagmittag E. 56,-; nur Samstag E. 18,-. Bei Anmeldung Doppel- oder Einzelzimmer sagen. Auch wenn nur Samstag bitte anmelden. Zuschüsse können organisiert werden. Sponsoren dringend gesucht (jeder Euro zählt). Spenden auf unser Kto. 4332970, BLZ:216 617 19 VR Bank Flensburg, Stichwort: „Nordkonferenz 2009“ *für die Neofaschismuskommission Küste Lore und Bernd*

70. Jahrestag der Reichspogromnacht – eindrucksvoll begangen

Der 70. Jahrestag der Reichspogromnacht der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland wurde auch in Schleswig-Holstein eindrucksvoll begangen. Nicht alle hatten das Glück, wie die VVN-BdA in Elmshorn, mit Gerhard Moss (87) und Marianne Wilke (79) noch Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen. Marianne folgte außerdem einer Einladung zu einer gemeinsamen Veranstaltung von VVN-BdA und Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck. In anderen Städten wurde mit Stadtrundgängen zu symbolischen Orten an die Verbrechen der Nazis an Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft erinnert. Es wurden Stolpersteine niedergelegt und Gedenkstelen aufgestellt wie in Norderstedt. Auf zwei Seiten berichten Leserinnen und Leser der „ar" über eindrucksvolle antifaschistische Aktivitäten zu diesem 70. Jahrestag.

„Ich habe alles miterlebt" 100 Zuhörer hörten Zeitzeugenberichte im Industriemuseum Elmshorn

Für den jungen Reporter der „Elmshorner Nachrichten" war es offensichtlich kein Termin wie viele andere, als er beauftragt wurde, über die Zeitzeugenveranstaltung der VVN-Bund der Antifaschisten aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 9. November 2008 im Industriemuseum zu berichten. Das war seinem Artikel über die Veranstaltung mit Marianne Wilke (79) aus Wedel und Gerhard Moss (87) aus St. Peter-Ording zu entnehmen. „Sie erzählten von Trauer, zwiespältigem Hass und Wut. Aber auch von denen, die ihnen halfen." So beginnt der Artikel über die Veranstaltung, an der rund 100 Zuhörer teilnahmen. Der Autor schildert , was er über die beiden Zeitzeugen aufgeschrieben hat: „Gerhard Moss ist geborener Hamburger. Er schilderte, wie jüdische Geschäfte zerstört und aufgelöst wurden, unter anderem auch das seines Vaters. Er erzählte, wie er als Jude nicht mehr zu den Spielen „seines" Vereins, dem HSV, gehen durfte. Er beschrieb, wie seine Familie deportiert wurde. Seine Mutter meldete ihn schließlich 1938 für den ersten Kindertransport nach England an und rettete ihm so das Leben. Erst dort traf Moss auf deutsche Antifaschisten und lernte, dass nicht alle Deutschen Nazis gewesen waren. 1947 kehrte er als Kulturoffizier der britischen Besatzungsmacht nach Deutschland zurück. Seine Mutter und nahe Verwandte waren von den Nazis umgebracht worden. Er hat sie nie wieder gesehen. "

Über Marianne Wilke heißt es in den „Elmshorner Nachrichten": „Sie ist ebenfalls Hamburgerin. Ihr Vater war Jude, ihre Mutter „Arierin". Deswegen wurde ihr Vater erst im Februar 1945 deportiert (KZ Theresienstadt d.Red.). Sie weiß von der Unterstützung der deutschen Bevölkerung zu erzählen, von Lehrerinnen, die sie in Schutz nahmen." Marianne Wilke wandte sich besonders an Jugendliche: „Ihr habt keine Schuld. Aber ihr seid mitverantwortlich dafür, dass so etwas nicht noch mal passiert. Engagiert euch, tut was." Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Frontzek bedauerte in einem Schreiben, dass sie der Einladung nicht folgen könne, betonte aber: "Ich weiß, dass es ganz wichtig ist, Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen und danke beiden Vortragenden für ihre Bereitschaft, sich einzusetzen und zu erinnern, was immer auch Schmerzen für sie bedeutet."

Bewegender Abend in der Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck

Zwei Tage vor dem 9. November fand in der Geschwister-Prenski-Schule eine gemeinsame Veranstaltung von VVN-BdA und der Schule zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht statt. Mechtild Schweitzer von der VVN-BdA Lübeck/Lauenburg: „Es war ein bewegender Abend, der uns Impulse gegeben hat, gegen das Unrecht zu kämpfen." Die Veranstaltung wurde von SchülerInnen der Gechwister-Prenski-Schule, dem Duo Klezjazz und Marianne Wilke als Zeitzeugin gestaltet. Marianne berichtete über ihre Erlebnisse als Kind („Halbjüdin") in der Zeit des Nationalsozialismus. Sie war 16 Jahre alt, als der Krieg zu Ende war. Ihre Großeltern wurden in Riga umgebracht. „Mit jiddischer Musik, die vom Duo Klezjazz gespielt wurde, bekamen wir einen Eindruck einer fast verlorenen Kultur. Bundestagsabgeordnete und Vertreter der Stadt Lübeck waren anwesend", berichtet unsere Kameradin Mechtild Schweitzer.



Veranstaltung am 7.11. und Stadtrundgang in Lübeck

An der Veranstaltung nahmen mehr als 100 Zuhörer, meist Jugendliche, teil, die einen unvergesslichen Abend erlebten.

Im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag fand in Lübeck außerdem ein von VVN, der „anarchist federation" und dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus organisiserter Stadtrundgang zu den Stätten der Verfolgung und des Widerstands statt. Jean-Paul Köpsell konnte die Anwesenden mit diesem wichtigen Teil Lübecker Geschichte bekannt machen. Vor den Häusern, in denen einst jüdische Mitbürger wohnten, die später verschleppt wurde, lasen Jugendliche vor, was über die Geschichte der jeweiligen Familien bekannt ist. *Mechthild Schweitzer, VVN/BDA , Lübeck/Lauenburg*



Gedenkstele am Gustav--Radbruch-Platz in Lübeck erhielt eine neue Informationstafel

BerufsschülerInnnen der Emil-Possehl-Schule haben gemeinsam mit ihren Lehrern eine Stahlplatte für die Gedenkstele am Gustav-Radbruch-Platz geschaffen, die Unbekannte vor zwei Jahren zerstört haben und in den Hafen geworfen haben. Die Stele erinnert an den Todesmarsch von etwa 500 KZ-Häftlingen, die im April 1945 aus den Konzentrationslagern Auschwitz und Mittelbau-Dora auf einem Elbkahn im Lübecker Hafen gelandet waren. Die Stele in Lübeck ist – ebenso wie 13 weitere Stelen – die Arbeit von jungen Menschen aus aller Welt, die während eines internationalen Jugendsommerlagers 1999 in der Gedenkstätte Ahrensbök, in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, gefertigt wurde. Sie wurden in all den holsteinischen Orten aufgestellt, durch die die Häftlinge getrieben wurden. Nach kurzem Aufenthalt in der Gemeinde Ahrensbök mussten die Männer weiter nach Neustadt an der Ostsee marschieren, wo die meisten am 3. Mai 1945 während der Cap-Arcona-Katastrophe ums Leben kamen.

Unsere VVN-BdA Gruppe in Lübeck hatte die Idee, Schüler/Innen einer Berufsschule in Lübeck für die Wiederherstellung der Gedenktafel zu gewinnen. Sie sprachen mit dem Berufsschullehrer Lüder Möller, der sofort bereit war, mit seiner Klasse für Zerspannungsmechaniker die Tafel aus Nirosta-Stahl anzufertigen und selber anzubringen. Gemeinsam mit dem Trägerverein Gedenkstätte Ahrensbök, den Berufsschülern, der VVN-BdA Lübeck und LübeckerInnen wurde diese Tafel am 21. November 08 bei einer Gedenkveranstaltung angebracht. Beeindruckend war u.A. auch die Rede eines Schülers, der sich vorher noch nicht mit der Geschichte befasst hatte, und sehr bewegt war, wie auch die anderen SchülerInnen, die an der Gedenkveranstaltung teilgenommen haben. Monika M. Metzner-Zinssmeister von der Gedenkstätte Ahrensbök bedankte sich bei unserer VVN-Gruppe und den SchülerInnen und ihren Lehrern für diese gelungene Tafel und dass der Frevel korrigiert werden konnte.

Lore Meimberg

Zum 5. Antifaschistischen Stadtrundgang der Gruppe Wedel der VVN-BdA kamen mit rund 60 Teilnehmern soviel wie noch nie. Stationen waren die einstigen Wohnhäuser der Widerstandskämpfer Bernhard Mahlow (SPD), Herbert Maywald (KPD) und die alte Turnhalle des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Wedel, der im Mai 1933 verboten und für aufgelöst erklärt wurde. Ein besonderer Schwerpunkt war außerdem das Thema Euthanasie, Durch Recherchen der VVN-BdA- Gruppe wurden bisher die Schicksale von drei ermordeten Wedelern aufgeklärt. Die Dunkelziffer, so die Vortragende, Irmgard Jasker, sei mit großer Wahrscheinlichkeit noch höher. Am 27. Januar veranstaltet die Gruppe einen Informationsabend mit der Hamburgerin Antje Kosemund in der Stadtbücherei Wedel (19.30 Uhr).

Vier Gedenksteine in Norderstedt eingeweiht

Die Inschriften auf den Granitsäulen erinnern an die Judenverfolgung der Nazis in Norderstedts Ursprungsgemeinden. Die Gedenkstele im Ortsteil Garstedt erinnert an den Krankenpfleger des Ochsenzoller Krankenhauses Alfred Stern, der 1935 aus seinem Haus am Rosenstieg / Ecke Nelkenstieg vertrieben und ins KZ Theresienstadt verschleppt wurde. Auch Emanuel Strauß, dem das Haus am Langen Kamp 161 gehörte, wurde in das gleiche KZ deportiert.

Die Stele am „Brüderhof" im Wilstedter Weg in Harksheide erinnert an die jungen Juden, die sich hier seit 1934 auf die Auswanderung nach Israel, dem damaligen Palästina, vorbereiteten.

Der Stein an der Segeberger Chaussee schließlich weist auf die Errichtung des KZ Wittmoor hin, über das wir schon oft berichtet haben. „Die Gedenksteine sind keine Schuldzuweisungen", betonten Stadtpräsidentin Kathrin Oehme, Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote sowie Heide Linde-Lembke auf einer kleinen Veranstaltung, „sie sollen aber dafür Sorge tragen, dass Deutschlands schwärzestes Kapitel, dass die Gräuel, die von diesem Hitler-Wahn ausgingen, niemals vergessen werden".

Hindenburgufer und Ratsdienergarten könnten schon bald Geschichte sein

Anstoß zur Umbenennung und Erinnerung an die Novemberrevolution ist gelungen

Seit 2004 holen Eva Börnig und ich vom Verein Geo step by step ein paar Mal im Jahr unsere (Matrosen-)Mützen aus dem Schrank, schmücken sie mit einem roten Band und stecken einen roten Stern an. Wir drucken unsere Flugblätter vom 4. November 1918 mit der Aufforderung an die Arbeiter und Arbeiterinnen: „Kommt alle zur Großen Volksversammlung, Sonntag Nachmittag, um 5 Uhr zum großen Exerzierplatz im Viehburger Gehölz“. Die Arbeitermarseillaise, deren Klänge den Demonstrationszug der Matrosen, Arbeiter und Arbeiterinnen damals durch Kiel begleiteten, spielen wir von einem kleinen Kassettenrecorder ab. Nicht ganz identisch, weil wir nicht selber singen, aber die Stimmung ist immer gut, wenn wir mit unserer roten Fahne durch die Stadt ziehen.

Diese Straßeninszenierung an den Schauplätzen der damaligen Ereignisse soll einen kleinen Eindruck von der dramatischen Situation der Novembertage in Kiel vermitteln. Schulklassen, Vereine und Gruppen nutzen dieses Bildungsangebot das ganze Jahr.

Drei der Stadtgänge „Revolution in Kiel“ in den ersten Novembertagen sind aber jedes Jahr die eigentliche Herausforderung bei meist schon gruseligem Wetter, die z.B. die Schilderung: „...wie sich im fahlen Licht der Gaslaternen ein mächtiger Demonstrationszug in die Karlstraße hineinwälzt“ identisch macht und auch einer meiner Lieblingssätze ist.

Zum 90igsten Jahrestag der Novemberrevolution hat unser Verein zu einer Jubiläumsführung eingeladen und mit einigen Überraschungen aufgewartet. Nach eigentlich 91 Jahren wurden die Leistungen der beiden Matrosen, bzw. Heizer aus Wilhelmshaven Albin Köbis und Max Reichpietsch mit einer Parkumbenennung gewürdigt. Beide hatten bereits 1917 Proteste der Matrosen gegen die schlechte Versorgung und die ungerechte Behandlung auf den Kriegsschiffen angeführt. Sie forderten die Beendigung des sinnlosen Krieges sowie Friedensverhandlungen und wurden daraufhin zum Tode verurteilt. Ihnen ist auch das Revolutionsdenkmal gewidmet, das im Ratsdienergarten steht. Hier stellten wir das Schild mit dem neuen Namen für den Park auf.



Es sollen ein Gegenpol setzen zum Kieler „Scheerhafen“, der ausgerechnet nach Admiral Scheer benannt wurde, dem Mann, der die Todesurteile für die beiden unterzeichnete.

Ein Reporter vom NDR begleitete uns auf diesen ersten Gang im November und vielleicht sorgten die Radioübertragungen, in denen auch unsere Arbeitermarseillaise im Hintergrund der Wortbeiträge zu hören war, für den regen Zuspruch am 9.11.08.

Im Anschluss dieses letzten Stadtrundganges mit 34 Teilnehmern wurde das Hindenburgufer symbolisch in Karl-Artelt-Ufer umbenannt, um damit einen Mann zu ehren, der im Wesentlichen für die Zusammenführung der Matrosen- und Arbeiterbewegung in Kiel verantwortlich war.

Die Umbenennungen in Kiel sind damit auf dem Tisch. Ein Beschluss der Kieler Grünen vom 27.11.08, die Umbenennung des Hindenburgufers im Rat durchzusetzen (Der neue Name soll noch gefunden werden), wurde am 28.11.2008 in der KN (Kieler Nachrichten) lebhaft aufgegriffen. In diesen Artikel hieß es u.a.: „Mit diesem Vorstoß sind die Grünen nicht die ersten: Im Rahmen des Gedenken an die Novemberrevolution 1918 hatte der Umweltbildungsverein „Geo step by step“ bereits vorgeschlagen, die Prachtpromenade nach einen Führer des Kieler Matrosenaufstands in Karl-Artelt-Ufer zu nennen.“

Schon am 14.11.08 waren unsere Forderungen, Hindenburgufer und Ratsdienergarten umzubenennen, in der Presse.

Die Leserbriefe am 4.12.2008 in der KN versprechen eine lebhafte Diskussion, denn die Kieler, die sich da geäußert haben, wollen ihr Hindenburgufer behalten. Wir sagen dazu: „Es lebe die Revolution“ und werden auch am 91. Jahrestag wieder dabei sein.

Unser Programm findet ihr unter: www.geostepbystep.de im Internet und auch die Broschüre „Jahresprogramm 2009“ ist schon im Druck.

Kiel, 10.12.2008, Christel Pieper

Gunter Demnig erhält den Mühsam-Preis 2009

Der mit 2.500 Euro dotierte Erich-Mühsam-Preis 2009 geht an den Künstler Gunter Demnig, der die Aktion „Stolpersteine“ ins Leben gerufen hat. Wir kennen ihn und seine kleinen quadratischen Gedenktafeln aus Messing seit einigen Jahren, denn es gibt die Stolpersteine in Schleswig-Holstein mittlerweile in mindestens 20 Orten und Städten. Sie erinnern an Opfer des Faschismus, an ermordete jüdische Bürger, an politisch Verfolgte und Widerstandskämpfer.

Der vom Lübecker Galeristen Frank-Thomas Gaulin gestiftete Preis wird alle zwei Jahre an Einzelpersonen oder Initiativen vergeben, die „Kunst als Mittel zur Befreiung aus beengten geistigen, politischen und kulturellen Verhältnissen anwenden.“

Gunter Demnig wird den Preis am 26. April 2009 im Lübecker Buddenbrookhaus erhalten.

erinnern um zu lernen – gedenken um zu verändern

Oktober/November 2008 in Flensburg

Vor aller Augen

Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz

Vom 13. bis 31. Oktober wurde zuerst in der Zentralen Hochschulbibliothek in Flensburg und anschließend vom 4. bis 20. November in der Nikolaikirche in Flensburg, anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938, die Wanderausstellung der Berliner Stiftung Topographie des Terrors „Vor aller Augen – Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz“ präsentiert.

Dem Trägerkreis, der die Novemberreihe unter dem Motto „erinnern um zu lernen – gedenken um zu verändern“ durchführt, war es gelungen, mit der Ausstellung und dem Begleitprogramm ein wichtiges kulturelles Ereignis zu präsentieren.

Zum Trägerkreis gehören Evangelisches Frauenwerk Kirchenkreis Flensburg, Evangelisches Jugendwerk Kirchenkreis Flensburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Flensburg.

Die Ausstellung beinhaltet etwa 100 eindrucksvolle Fotografien, die aus rund hundert lokalen Archiven und Sammlungen Deutschlands stammen: Sie zeigen die Deportation deutscher Juden vor den Augen von Schulkindern und Passanten, das Anprangern und Kahlscheren von Frauen auf öffentlichen Plätzen, Propaganda- und Boykottaktionen von SA und SS gegen jüdische Geschäfte und viele andere Szenen, in denen Menschen vor aller Augen bloßgestellt und gedemütigt, bedroht, verhaftet und abtransportiert wurden.

Der Terror war alltäglich und öffentlich.

Eröffnet wurde die Ausstellung in der Hochschulbibliothek mit einer spannenden Einführung durch den Historiker Prof. Dr. Paul von der Universität Flensburg.

Die Ereignisse in der Reichspogromnacht und die Vertreibung der Familie Wolf von ihrem Gutshof, der als zionistisches Landwerk und Kibbuz diente, schilderte Bernd Philipsen bei seiner Buchpräsentation „Jägerslust“ im Flensburger Rathaus. Über die gewaltsame Abschiebung von etwa 17000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit sprach Dr. Bettina Goldberg, Lehrbeauftragte der Universität Flensburg. Viele der von dieser Willkürmaßnahme Betroffenen hätten seit Jahrzehnten in Deutschland gelebt oder seien sogar hier geboren worden – wie die Fertigs aus Flensburg.

Ein weiterer Vortrag von Dr. Bettina Goldberg „Vom Boykott zum Pogrom - Judenverfolgung in Flensburg während der NS-Zeit“ war ein beklemmendes Protokoll der Familienschicksale Flensburger Juden. Nur wenige überlebten den Holocaust. 39 jüdische Menschen, die einmal in Flensburg ihre Heimat gefunden hatten, starben in den Todesfabriken der Vernichtungslager.

Ein Highlight der Veranstaltungsreihe war am Volkstrauertag der Auftritt der Hamburger Polit-Folk-Gruppe ROTDORN in der Theaterwerkstatt Pilkentafel Das Programm mit Songs aus der Arbeiterbewegung, Lieder gegen Fa-schismus und Krieg und typisch Norddeutsches begeisterte das Publikum. Für das zum Schluss gespielte Lied der italienischen Partisanen „Bella Ciao“ bekam die Gruppe lang anhaltenden Beifall.

Ludwig Hecker (stark gekürzt)

Gedenken und Anklagen Die Brandanschläge in Mölln 1992

Am 23. November 1992 kam es zu Brandanschlägen auf zwei Häuser in Mölln. In dem Haus in der Mühlenstraße starben Yeliz und Bahide Arslan und Ayse Yilmaz.

Dieses Jahr rief die Antifa im Kreis Hz. Lauenburg zu einer Demonstration in Mölln auf, um der Opfer zu gedenken, aber auch anzuklagen, dass in dieser Gesellschaft so etwas möglich ist.

In ihrem Aufruf heißt es: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Dieser Teil des Schwurs von Buchenwald hat richtig erkannt: Nazis entstehen nicht im luftleeren Raum, sie können ihren Ursprung in Vaterlandsstolz, völkischem Gedankengut oder Fremdenangst haben. Es geht uns nicht um die bloße Bekämpfung von klassischen Nazis, sondern auch darum ein Bewusstsein zu schaffen, warum es sie gibt und warum Rassismus auch aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommt.“

Die VVN-BdA Lübeck/Lauenburg war zu einem Redebeitrag eingeladen. Bernd Meimberg erinnerte an die Zeit vor 16 Jahren – eine Zeit in der es an der Tagesordnung war, Asybwerberheime anzugreifen und Ausländer durch die Straßen zu hetzen. Die mit rassistischen Äußerungen öffentlich



geführte Debatte um die Verschärfung der Asylgesetzgebung ermunterte Nazis und auch „gewöhnliche“ Bürger dazu, derartige Aktionen durchzuführen.

Es war aber auch die Zeit, in der der Widerstand gegen Neonazis und Ausländerfeindlichkeit erstarkte und heute weite Kreise der Bevölkerung erfasst hat. Nach 1945 war und ist auch heute noch Konsens „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“ was sich im Grundgesetz niederschlägt.

Vor dem Brandhaus versammelten sich Alle, um mit einer Kranzniederlegung der Opfer nazistischer Gewalt zu gedenken.

Bernd Meimberg VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Oma-Körner-CD „die Dritte“ Polit-Comedy-Band verkündet „die reine Weissheit“

Aller guten Dinge sind (mindestens) drei. Die Oma-Körner-Band hat gerade noch rechtzeitig vor dem Jahresende ihre dritte CD herausgebracht. „Schmiddl“ (Stefan Schmidt), wie er seit den Zeiten von „Peter, Paul & Barmbek“ genannt wird, schrieb wie immer die meisten Texte. Und die haben es wieder in sich. Seine Satire auf die politischen Verhältnisse in unserem Lande und in der kapitalistischen Welt geht unter die Haut und öffnet die Augen. „Schmiddl“ verpackt seine Botschaft in Humor, so dass sie besser verdaut werden kann. Manches, was die sechs Musiker auf ihrer neuen CD präsentieren, ist Ohrwurm-verdächtig, wie die „Schrägen Vögel“ vom Ostermarsch in Wedel, die für das Recht auf Arbeit eintreten auch in dieser Zeit, für Weltfrieden und Zwischenmenschlichkeit, „My Generation“, , das aufrüttelnde „Keine Zeit“ und etliche andere, die bei linken Veranstaltungen, in Szene-Kneipen Hamburgs, Schleswig-Holsteins und Niedersachsens, auf Festivals des politischen Liedes, am 1. Mai, auf Pressefesten der UZ und anderswo gesungen werden. Die Interpreten neben Liedsänger „Schmiddl“, seine Frau Gudrun Rieffel, Jens Wilke, Horst Warncke, Ilja Badekow und Schlagzeuger Malte Hansen, wissen, was sie singen und bringen ihre Aussage so direkt rüber, dass kein Auge trocken und niemand an seinem Stuhl kleben bleibt. Das Publikum fühlt sich mitgerissen und aufgerufen, wenn „Schmiddl“ zum Beispiel ins Mikrofon fragt „Was ist denn los, Leute?“.

Die dritte CD der Oma-Körner-Band bleibt an ihren Themen Frieden, soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und punktgenaue Gesellschaftskritik dran. Manches ist einfach weiterentwickelt und auf die politische Aktualität noch schärfer zugeschnitten. Beispielsweise das Lied von der „Heil-Perspektive“, das gegen die neuen Nazis geht, für die „die Deutschen“ allen überlegen sind, ob in Fußball, Handball, Wirtschaft oder Krieg – „das Normale ist ein großer deutscher Sieg“. Und damit auch jeder junge Hörer der Oma-Körner-Band folgen kann, bekommt auch noch die Wahrheit der „Ärzte“ mit auf den Weg: „Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist wie sie ist – es wär’ nur deine Schuld, wenn sie so bleibt….“ *G.W.*

„Die Reine Weissheit“ kostet 12 Euro. Zu bestellen unter http://omakoernerband.de

Für junge Leute haben sie dieses Lied geschrieben:

Hast du dich heute schon geärgert,
war es heute wieder schlimm?
Hast du dich wieder gefragt, warum kein Mensch was unternimmt?
Du musst nicht akzeptieren, was dir überhaupt nicht passt,
wenn du deinen Kopf nicht nur zum Tragen einer Mütze hast.

Refrain:
Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist
Es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!

Trau keinem, der dir sagt, dass du nichts verändern kannst,
die das behaupten, haben nur vor Veränderung Angst,
es sind dieselben, die erklären, es sei gut, so wie es ist,
und wenn du etwas ändern willst, bist du automatisch Terrorist.

Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist,
es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!

Geh mal wieder auf die Straße,
geh mal wieder demonstriern
denn wer nicht mehr versucht, zu kämpfen, kann nur verliern,
die dich verarschen, die hast du selbst gewählt,
drum lass sie deine Stimme hören, weil jede Stimme zählt.

Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist,
es wär nur deine Schuld, wenn sie so bleibt!

Die Lehrerin eines Berliner Gymnasiums schrieb in ihrem Dankesbrief an Fritz Bringmann: „Meine Schüler waren so begeistert von dir, dass sie den anderen 150 Abiturienten von dir erzählt haben, so dass diese dich auch kennen lernen möchten Wir möchten mit dir am Vorabend der Machtergreifung am 30.1. im Bendler-Block nach deiner CD, die du uns geschenkt hast, die „Moorsoldaten“ singen… Wir haben dich alle tief ins Herz geschlossen, besonders natürlich meine 14 Mädchen. Susi wird dir diese Woche die Fotos schicken …Als letztes danken wir für den Film, den die Schüler über dein Leben gemacht haben, er ist sehr eindrucksvoll, und wir werden ihn im Unterricht einsetzen.“ (sehr stark gekürzt).



Schluss mit dem Krieg gegen die Palästinenser! Die Waffen nieder! Verhandeln statt schießen! Schluss mit den Bombardements!

„Bundesausschuss Friedensratschlag" verurteilt israelische Luftangriffe auf Gaza

Kassel, 28. Dezember 2008 - Zu den verheerenden israelischen Bombenangriffen auf den Gazastreifen erklärten für den Bundesausschuss Friedensratschlag dessen Sprecher Dr. Peter Strutynski und der Nahostexperte Prof. Dr. Werner Ruf in einer ersten Stellungnahme:

Bei israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen sind am 27. Dezember mindestens 200 Menschen getötet und über 275 Menschen verletzt worden. Noch nie sind bei Kampfhandlungen seit dem Sechstagekrieg 1967 so viele Palästinenser an einem einzigen Tag getötet worden.

Dass der Angriff Israels auf den Gazastreifen, das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt, am Shabbat erfolgen würde, hatte niemand gedacht, wohl auch nicht die Bevölkerung dieses Elendsgebiets. Zumal die israelische Regierung einen Tag zuvor der im Gazastreifen regierenden Hamas ein Ultimatum von 48 Stunden gestellt hatte, die Raketen- und Mörserangriffe auf israelisches Gebiet einzustellen. Doch Israel wartete das Ende des Ultimatums nicht ab, sondern wurde wortbrüchig und begann bereits nach weniger als 24 Stunden mit den tödlichen Luftangriffen. Vorherzusehen war der Angriff gleichwohl. Israels Premierminister hatte ihn angekündigt und dem Sender al arabiya gegenüber erklärt: „Ich denke an die Zehntausende Kinder und Unschuldige, die als Ergebnis der Hamas-Aktivitäten gefährdet werden." (FAZ 27.12.2008).

Weder die USA noch das Quartett, bestehend aus den USA, den UN, der EU und Russland, die den Friedensprozess im Nahen Osten begleiten sollten, fühlten sich offenbar berufen, Druck auf Israel auszuüben, um die mörderischen Bombardements zu verhindern. Eine politische Glanzleistung der besonderen Art vollbrachte der deutsche Außenminister Steinmeier, als er in einem Interview mit „Bild am Sonntag" Hamas zum „sofortigen und dauerhaften" Ende der Raketenangriffe auf Israel aufforderte, von Israel dagegen nur „Zurückhaltung" bei ihren Militäraktionen verlangte, die ansonsten zu ihrem „legitimen Recht" gehörten.

Schuld an all dem Elend ist aus israelischer Sicht die diabolisierte Hamas, die in Gaza die Herrschaft ausübt. Vergessen wird, dass im Juni zwischen ihr und Israel eine Waffenruhe vereinbart wurde, die im Großen und Ganzen auch eingehalten wurde, bis Anfang November Israel mit „vereinzelten Schlägen" mehre Hamas-Milizionäre „gezielt tötete". Unterschlagen wird, dass Israel einen Monat lang weder Nahrung noch Treibstoff noch Hilfslieferungen in das Gebiet ließ. Von Hamas lag ein Angebot vor, den Waffenstillstand fortzusetzen. Noch am 22. Dezember behauptete zwar das israelische Außenministerium: „Israel ist an einer Fortsetzung der Waffenruhe interessiert und nicht an einer Militäroperation", es weigerte sich aber, auf das Hamas-Angebot unter den gegebenen Bedingungen einzugehen. Wie der israelische Verteidigungsminister Barak jetzt zugeben musste, war der Krieg gegen Gaza zu dem Zeitpunkt nach sechs Monaten Vorbereitung abgeschlossen. (ND 30.12.08) Es drängt sich die Vermutung auf, es handele sich bei diesem fürchterlichen völkerrechtswidrigen Angriff weniger um eine der vielen „Vergeltungsaktionen" als vielmehr um Wahlkampf: Im März wird in Israel gewählt, und erstmals liegt die Kadima-Partei von Olmert und Livni knapp vor dem rechten Likud des Herausforderers Netanyahu.

Die Eskalation der Gewalt hat ihre Wurzeln vor allem im Ergebnis der palästinensischen Wahlen vom Januar 2006, den ersten wirklich freien Wahlen in der arabischen Welt, in denen die Hamas die Mehrheit der Stimmen gewann. Der Westen erkannte die damals gebildete Regierung nicht an, Israel verhaftete – mit Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde unter Mahmud Abbas – zahlreiche Minister und Abgeordnete, die z. T. bis heute im Gefängnis sitzen. Erst dies führte dazu, dass die Hamas im Gazastreifen allein die Macht ergriff. Doch nicht nur ihre Angebote für eine dauerhafte Waffenruhe, auch das Angebot, Israel anzuerkennen, wenn dieses die besetzten Gebiete als Staatsgebiet eines palästinensischen Staates anerkennen würde, blieben ohne positive Reaktion.

Es ist eine Illusion zu glauben, der nun eingeleitete Krieg gegen die Bevölkerung von Gaza könnte die Gewalt beenden. Das Gegenteil wird der Fall sein: Die Wut einer Bevölkerung, die so oder so nichts als ihr Leben zu verlieren hat, wird Israel nicht sicherer machen. Einen Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt kann es erst geben, wenn alle Konfliktparteien gleichberechtigt am Verhandlungsprozess beteiligt werden. Der Bundesausschuss Friedensratschlag verurteilt die israelischen Luftangriffe, die gegen die Genfer Konvention verstoßen und zur weiteren Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts beitragen. Eine Rückkehr zur Waffenruhe wird aber auch von der Hamas im Gazastreifen verlangt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag appelliert an die Friedensbewegung und an alle anderen politischen Kräfte, alles zu tun, um ihre Stimme gegen die israelischen Luftangriffe zu erheben. Hilfreich könnten Briefe an die israelische Botschaft in Berlin sowie an das deutsche Außenministerium sein. Wo es möglich ist, sollten lokale Friedensgruppen mit Informationsständen und Mahnwachen auf die prekäre Lage im Nahen Osten aufmerksam machen. Sowohl die Bevölkerung des Staates Israel als auch die Palästinenser haben ein Recht auf ein Leben in Sicherheit.

Den Erklärungen müssen aber – so weit es geht – Taten folgen. Bitte tun Sie/tut alles in Ihrer/eurer Macht stehende, um an die Öffentlichkeit zu gehen und Druck auf die Politik auszuüben. In Hamburg, Köln, Wien und anderen Städten sowie natürlich in den Hauptstädten des Nahen Ostens kommt es zu Demonstrationen.

Auch Protestbriefe an die israelische Botschaft und an das deutsche Außenministerium sind hilfreich.

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag
Dr. Peter Strutynski (Sprecher)
Prof. Dr. Werner Ruf

Freiheit für unser Mitglied Mumia Abu-Jamal !



Der Rechtsanwalt von Mumia, Bryan aus San Francisco, informierte bei einer Abendveranstaltung in der Humboldt Universität über den besorgniserregenden Stand der juristischen Auseinandersetzungen im Fall Mumia. Es droht die Todesstrafe für einen Mord, den er nachweisbar nicht begangen hat.

Er sagte: „Um Mumia aus dem Gefängnis zu befreien und ihn vor der Hinrichtung zu bewahren, ist jetzt entschiedenes Handeln nötig!" Die Situation spitzt sich zu. Es werden dringend 75.000 US-Dollar gebraucht, um ihn verteidigen zu können. Wie mir bekannt ist, nehmen die Anwälte kein Honorar. Angela Davis, Sprecherin der US-Kampagne gegen die Todesstrafe sagte: „Im Namen der Gerechtigkeit bitten wir Sie um Ihre Unterstützung und eine großzügige Spende im Rahmen Ihrer Möglichkeiten."

Die VVN-BdA unterstützt diesen Spendenaufruf.
Kto.Nr. der VVN-BdA: 4332970
BLZ: 216 617 19, VR Bank Flensburg Stichwort: Mumia Abu-Jamal

Lore Meimberg

Termine 2009 (Einladungen folgen)

GLV: 20.1. – 17.2. – 17. 3.
jeweils 12 Uhr im Landesbüro

Landesmitgliederversammlung: 7.2.
13 – 17 Uhr Neumünster

Bündnistreffen: 14.2.
14 Uhr Neumünster

Nordkonferenz: 20.2. – 22.2.
Heideruh

Landesvorstand: 7.3. 10 – 17 Uhr
Neumünster (mit Mittagspause)

Am 28. März 2009 wollen Neonazis wieder durch Lübeck marschieren

Wir können sie stoppen!
Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!
Treffpunkt 10.00 Uhr am Hauptbahnhof in Lübeck.

Das Lübecker Bündnis ruft zu Aktionen gegen die Neonazis auf. Nur wenn sich massenhaft Leute in Lübeck versammeln, werden wir die Nazis schon am Bahnhof stoppen. Bitte werbt schon heute für die Aktionen des Bündnisses.
Näheres in Zukunft Lore und Bernd Meimberg 04543/7107

Kontakt:

- Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wtnet.de]
- Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-211658, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G. BLZ 216 617 19, KNR 4332970